

WKStA will gegen Wöginger ermitteln

Wegen Finanzamts-Besetzung – Wöginger: „Keinen Einfluss ausgeübt“

ÖVP-Klubchef August Wöginger ist mit Korruptionsvorwürfen konfrontiert: Die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) hat ein Auslieferungsbegehren an den Nationalrat geschickt. Es geht um den Verdacht auf Anstiftung zum Amtsmissbrauch bei der Bestellung des Vorstands des Finanzamts Braunau im Jahr 2017. Wöginger betonte in einer Stellungnahme, „zu keinem Zeitpunkt Einfluss auf die unabhängige Kommission“ genommen zu haben. Laut dem Auslieferungsersuchen, das der APA vorliegt, wird auch gegen vier Mitglieder der damaligen Begutachtungskommission ermittelt. Ihnen wird vorgeworfen, aus „parteipolitischen und somit sachfremden Motiven“ einen Bürgermeister aus der Region als bestgeeigneten Bewerber gereiht zu haben und damit eine andere Bewerberin „aufgrund ihrer Weltanschauung“ diskriminiert zu haben. Wöginger soll demnach als Abgeordneter beim damali-

gen Kabinettschef des Finanzministeriums, Thomas Schmid, in der Angelegenheit interveniert und „seinem parteipolitisch motivierten Besetzungswunsch Nachdruck“ verliehen haben. Grundlage für die Vorwürfe sind offenbar Chats zwischen Schmid und Wöginger.

Immunitätsausschuss ist nun am Zug

„Natürlich habe ich mich gefreut, dass für die Position jemand aus meiner Region zum Zug gekommen ist“, betonte Wöginger in einer schriftlichen Stellungnahme. Er habe den Bürgermeister „stets für einen qualifizierten und geeigneten Kandidaten für diese Position gehalten“. Die Vorwürfe der Staatsanwaltschaft weist der Klubchef zurück: „Die anderen Bewerber kenne ich nicht und ich habe auch zu keinem Zeitpunkt Einfluss auf die unabhängige Kommission, die entschieden hat, genommen.“ Ob Wöginger tatsächlich „ausgeliefert“ wird, entscheidet der Immu-

nitätsausschuss des Nationalrates. Dort werde „nach klaren juristischen Kriterien vorgegangen, um festzustellen, ob ein politischer Zusammenhang gegeben ist“, meinte Wöginger, „dem werde ich nicht vorgreifen“. Wie sich die ÖVP im Ausschuss verhalten wird, ist noch offen, auch die Grünen prüfen das Begehren noch. Christian Hafenecker, FPÖ-Fraktionsvorsitzender im U-Ausschuss, sprach sich für die Auslieferung Wögingers aus, um die Vorwürfe aufklären zu können. SPÖ-Justizsprecherin Selma Yildirim erklärte, dass ihre Fraktion bei Korruptionsvorwürfen einer Aufhebung der Immunität immer zugestimmt habe. Neos-Generalsekretär Douglas Hoyos geht auch davon aus, dass die Pinken einer Aufhebung zustimmen. Parlamentsexperte Werner Zögernitz sieht dagegen durchaus einen Zusammenhang mit Wögingers Tätigkeit als Parlamentarier und würde empfehlen, ihn nicht auszuliefern.